

Eine der drängendsten sozialpolitischen Themen gilt der Frage, wovon wir im Alter leben. Wie hoch muss die Rente für ein gutes Leben im Alter sein, ein Leben in Würde und ohne existenzielle finanzielle Sorgen? Wie sieht die Politik die Armut im Alter?

Darüber sprachen wir mit der Leiterin des Bereichs Sozialpolitik in der ver.di Bundesverwaltung, Dr. Judith Kerschbaumer.

Kollegin Kerschbaumer, die politisch Verantwortlichen verkünden, dass sie mit dem Rentenpaket finanziell viel für die Alterssicherung in Deutschland getan haben. Sind die Probleme jetzt gelöst?

JK: Ganz und gar nicht. Das Rentenpaket, insbesondere die Rente ab 63 und die Mütterrente waren gut, aber lange nicht ausreichend, um die politischen Fehler und Leistungskürzungen der letzten 20 Jahre wieder gut zu machen.

Die Rente ab 63 gilt nur für einige Jahrgänge. Jüngere haben davon nichts. Außerdem nehmen wesentlich mehr Männer als Frauen die Rente ab 63 in Anspruch, weil Frauen die 45 Versicherungsjahre seltener erreichen. Sie ist also nicht geschlechtergerecht.

Aber die Mütterrente ist doch für die Frauen, sagt die Politik. Stimmt das nicht?



Quelle: SoVD

JK: Doch. Die Verbesserung der rentenrechtlichen Bewertung von Kindererziehung für Mütter und natürlich auch (einige wenige) Väter ist eine der sozialpolitischen Forderungen von ver.di, die uns sehr wichtig ist. Diese wurde nun zum Teil erfüllt.

Seit 1.7.2014 gibt es für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, künftig zwei statt wie bisher einen Entgelt-punkt, also pro Kind im Westen knapp 30 Euro, im Osten gut 27 Euro monatlich mehr. Wir fordern weiterhin eine Gleichbehandlung mit den Kindern, die nach 1991 geboren wurden und werden; für sie gibt es drei Entgelt-punkte. Die Besserstellung begrüßen wir aus-

drücklich. Für falsch halten wir, dass immer noch nach Ost und West unterschieden wird und so Kindererziehung in den neuen Bundesländern weniger wert ist!

Ein weiterer Fehler mit weitreichenden Auswirkungen ist, dass die Mütterrente aus dem Rententopf gezahlt wird. Die Mütterrente kostet jährlich rund 6,5 Mrd. Euro. Das ist viel Geld.

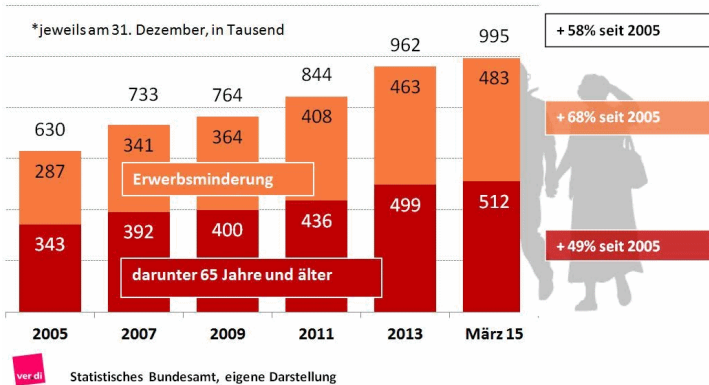
Bisher galt: Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb auch von der gesamten Gesellschaft aus Steuermitteln getragen werden. Derzeit überweist der Bund jährlich rund 12 Mrd. Euro an die Rentenversicherung für Kindererziehungsleistungen, jedoch nicht für die Aufwendungen der Mütterrente. Die Finanzierung aus der Rentenkasse soll die „schwarze Null“ des Bundesfinanzministers nicht gefährden. Hier spart er eindeutig an der falschen Stelle und die Versicherten zahlen die Mütterrente selbst! Wir halten dies für verfassungswidrig.



© Kritisk/FreeDigitalPhoto.net

Denn: Beiträge zur Sozialversicherung dürfen nicht der Finanzierung allgemeiner Staatsausgaben dienen, da ansonsten der Grundsatz der Belastungsgleichheit aller Bürgerinnen und Bürger verletzt wird, so das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung.

Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung*



Was ist also zu tun?

JK: Das ist nicht einfach. Zur Klarstellung: Wir wollen die Mütterrente, wir wollen aber auch eine systemgerechte Finanzierung und keinen Griff des Finanzministers in die Rentenkasse! Deshalb haben die Seniorinnen und Senioren in ver.di angeregt zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, um diese Falschfinanzierung zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass die bereits aus der Rentenkasse entnommenen Milliarden Euro vom Bund an die Rentenversicherung zurückerstattet werden. Diese Milliarden brauchen wir im Rentensystem für wichtige Aufgaben. Wer dafür sorgt, dass die Mütterrente weiterhin aus der Rentenkasse anstatt aus Steuermitteln, die zudem

derzeit auch sprudeln, finanziert wird, der sorgt für mehr Armut im Alter.

Welche wichtigen Aufgaben sind das?

JK: Mit den 6,5 Mrd. Euro, die für die Mütterrente verwendet werden, könnten zum Beispiel die Erwerbsminderungsrenten für Menschen, die es aus physischen oder psychischen Gründen nicht bis zum regulären Renteneintritt schaffen, deutlich angehoben werden. Das Rentenpaket sah hier nur kleine Verbesserungen vor. Erwerbsminderung ist eines der Armutsrisiken. Heute beziehen rund 1,7 Mio. Versicherte eine Erwerbsminderungsrente. Knapp jeder Dritte muss, weil die Rente nicht zum Leben reicht, ergänzend Grundsicherung in Anspruch nehmen. Und wer Grundsicherung bezieht, muss sich alles Ersparte, private Renten und auch eine Betriebsrente anrechnen lassen.

Die Mütterrente, die laut Politik gerade Frauen mit kleinen Renten zugutekommen sollte, wird bei den Frauen, die Grundsicherung beziehen, voll angerechnet. Für die gab es unter dem Strich keine finanzielle Verbesserung. Immerhin sind 61 Prozent der Grundsicherungsbeziehenden Frauen. Dies ist ungerecht und muss geändert werden. Dazu haben wir der Politik Lösungen vorgeschlagen.

Was sagst Du zum Thema Altersarmut?

JK: Eine Rente für ein gutes Leben im Alter – das sollte in einem so reichen Land wie Deutschland keine Utopie sein. Seit 2004 haben die Renten in den alten Bundesländern massiv an Kaufkraft verloren – um die 10 Prozent. Die Absenkung des Rentenniveaus stellt eine zentrale Ursache für den Anstieg der Altersarmut dar.

Armut im Alter ist zwischenzeitlich kein Problem mehr von Menschen im unteren Einkommensbereich; Altersarmut ist vielmehr bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Viele Kolleginnen und Kollegen, die ein Leben lang hart gearbeitet und in ihrer Branche durchschnittlich verdient haben, sind im Alter arm. Wer beispielsweise 15 Euro in der Stunde verdient und 30 Stunden in der Woche arbeitet, weil eine Vollzeitstelle nicht angeboten wird, kommt – heutige Werte unterstellt – nach 40 Jahren in diesem Job auf eine Bruttorente von rund 800 Euro. Das ist keine Rente für ein gutes Leben im Alter!

Die Politik stellt sich derzeit taub. Wir müssen sie gemeinsam wachrütteln. Deshalb ist es so wichtig, dass ver.di dieses Thema zu einem zentralen sozialpolitischen Anliegen der gesamten Organisation macht und für ein Anheben des Rentenniveaus kämpft.

Der ver.di Bundeskongress muss hierfür die richtigen und wegweisenden Entscheidungen treffen. Denn Armut im Alter kann früher oder später jede und jeden treffen.